



## **Tageszeitung DIE WELT lehnt Stellenanzeigen der AfD „aus grundsätzlichen Erwägungen“ ab**

*Presseneutralität*

Berlin, 22. September 2017. Die Marketing-Abteilung des Medienunternehmens „Axel Springer SE“, die für die Vermarktung von Stellenanzeigen der Zeitungen WELT AM SONNTAG und DIE WELT verantwortlich ist, hat eine Stellenanzeige der AfD abgelehnt, die in der Samstagsausgabe der WELT morgen bundesweit erscheinen sollte. Begründet hat sie die Ablehnung damit, dass „DIE WELT aus grundsätzlichen Erwägungen keine Anzeigen der Partei Alternative für Deutschland (veröffentlicht).“

AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland kritisiert diese Praxis der Zeitung: "Dass die WELT keine Stellenanzeigen für die AfD drucken will, spricht Bände über ihr Verhältnis zur Presseneutralität. Das wird unseren Erfolg jedoch nicht schmälern."

Jörg Nobis, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Kieler Landtag, die die Stellenanzeige in der WELT schalten wollte, meint dazu:

"Wir sind ja schon einiges an Störungen gewohnt. Neu ist, dass ein Medienunternehmen wie Axel Springer den Wettbewerb zwischen politischen Parteien dadurch behindert, dass es einer mittlerweile in 13 Landesparlamenten vertretenen -Partei vorsätzlich erschwert, qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Das ist schon ein starkes Stück."

Dass ausgerechnet die Axel Springer SE ein solches Verhalten an den Tag legt, hat uns besonders erstaunt. Schließlich verweist dieser international operierende Medienkonzern in den eigenen Unternehmensgrundsätzen ("Essentials") ausdrücklich darauf, dass Medienunternehmen ... in einer Demokratie gesellschaftliche Verantwortung (tragen), weil sie die Meinungsbildung ihrer Leser, Hörer, Zuschauer, ihrer Nutzer prägen.

Wie es mit dieser Verantwortung vereinbar sein soll, dass DIE WELT der AfD als demokratischer Partei das Schalten von Stellenanzeigen verweigert, kann vielleicht nur der Vorstandsvorsitzende und Kanzlervertraute Dr. Mathias Döpfner erklären; ich kann es mit Sicherheit nicht.

Eine besondere Ironie des nach demokratischen Gesichtspunkten sehr bedenklichen Vorgangs besteht für mich darin, dass der Marketing-Text, der auf der Ablehnungs-E-Mail als Abbinder zu lesen ist, wie folgt lautet:

DIE WELT gehört denen, die mutig sind und neue Dinge ausprobieren.

Denn als frisch in den Landtag gewählte AfD-Fraktion kann ich nur sagen, dass gerade wir es sind, die den Mut aufbringen, in der Politik neues auszuprobieren, weshalb uns DIE WELT eigentlich gerne behilflich sein müsste, geeignete Mitarbeiter für unsere Arbeit hier zu finden."

[www.afdtelevision.de](http://www.afdtelevision.de)

Jörg Nobis: "Die AfD lehnt eine Einwanderung über das Asylgesetz ab"  
[www.youtube.com/watch?v=I0v6ooWvBGk](http://www.youtube.com/watch?v=I0v6ooWvBGk)

### **Pressekontakt**

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth  
Schillstraße 9  
10785 Berlin

<https://afd.de/presse/>  
[christian.lueth@alternativefuer.de](mailto:christian.lueth@alternativefuer.de)

### **Firmenkontakt**

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen  
Schillstr. 9  
10785 Berlin

<https://afd.de>  
[bgs@alternativefuer.de](mailto:bgs@alternativefuer.de)

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild

